

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 40 (1948)
Heft: 7

Artikel: Aus den Berichten der Mitgliederverbände. Teil I
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353342>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus den Berichten der Mitgliederverbände

I.

Als erster der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände hat der *Schweizerische Eisenbahner-Verband* (SEV) seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 1947 vorgelegt. Er umfasst über 300 Seiten und wird durch ein Vorwort des Präsidenten Robert *Bratschi* eingeleitet, in dem dieser einen zusammenfassenden Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse des In- und Auslandes gibt. Die Vorgänge in der Schweiz werden wie folgt gewürdigt:

Für die Schweiz wird das Jahr 1947 als das Jahr der Altersversicherung in die Geschichte eingehen. Mit einer Vierfünftelmehrheit hat das Volk dem grossen Werk zugestimmt. Gleichzeitig ist die Türe für eine neue Wirtschafts-gesetzgebung im Sinne des Kampfes gegen die Anarchie und ihre Schäden geöffnet worden. Die neuen Wirtschaftsartikel wurden angenommen.

Unter dem Einfluss der Entwicklung im Ausland haben verschiedene Wahlen das Rad der Zeit auch in unserem Lande um eine Umdrehung nach rückwärts gedreht. Sowenig wie solche Rückschläge im Ablauf der menschlichen Geschichte haben vermieden werden können, sowenig waren sie von Dauer. Es besteht kein Grund zur Annahme, dass es in unserem Falle anders sein werde.

Noch weniger Grund aber besteht dazu, der Entwicklung untätig zuzusehen. Die reaktionären Kräfte unseres Landes sind bereit, die ihnen günstig scheinende Lage auszunützen und die kleine Kräfteverschiebung sofort in bare Münze umzuwechseln. Hier erwächst den Gewerkschaften die grosse Aufgabe, stark und wachsam zu sein. Sie müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unseres demokratischen Staatswesens, aber unter Ablehnung von Abenteuern jeglicher Art, die Weiterführung einer aufgeschlossenen und fortschrittlichen Sozialpolitik zu sichern. Bei richtigem Einsatz ihrer Kräfte, verbunden mit dem notwendigen Verzicht auf die Verfolgung egoistischer Ziele einzelner Gruppen, wird die grosse Aufgabe in Verbindung mit den andern fortschrittlichen Volkskreisen des Landes erfüllt werden können. Eine Verantwortung ganz besonderer Schwere lastet dabei auf dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und den ihm angeschlossenen Verbänden.

Der erste Grosskampf der nächsten Zukunft wird im Zusammenhang mit der Neuordnung der Bundesfinanzen zum Austrag kommen. Im Grunde genommen geht es um die einfache Frage, ob die gleichen Volkskreise, die in der Hauptsache während der Kriegszeit die wirklichen Lasten sozusagen allein getragen haben, auch für die weiteren Folgen des Krieges aufkommen sollen, oder ob der Besitz und das hohe Einkommen endlich gebührend herangezogen werden sollen. Die vielen schönen Worte der Anerkennung, die in der Zeit der Gefahr an die Adresse der Arbeitnehmer gerichtet worden sind, haben sich längst als hohle Deklamationen erwiesen, an die man nicht gerne erinnert wird.

Eine andere grosse Aufgabe stellt die Entwicklung der Preise. Wohl sind Uebertreibungen der entsprechenden Gefahr und besonders der Vergleich mit Ländern, deren Wirtschaftsapparat im Krieg zerschlagen worden ist, abzulehnen. Nicht zu bestreiten aber ist die Tatsache, dass die Entwertung des Geldes den Lohnempfänger am härtesten trifft. Der Kampf der Gewerkschaften mit dem

allein vernünftigen Ziel, die reale Lage ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Hinsicht zu verbessern, kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn der Entwertung des Geldes Einhalt geboten werden kann. Alle Erfolge im Rahmen von Gesetzen und Verträgen erweisen sich ohne diese Sicherheit des Geldwertes als Scheinerfolge und Pyrrhussiege, die unsere Kräfte verzehren, ohne dass wir wirklich vorwärts kommen.

Ueber das Wirken des Verbandes im abgelaufenen Jahr heisst es im Bericht:

Unser Verband war auch im Berichtsjahre bestrebt, im Rahmen seines Wirkungskreises ehrlich seine Pflicht zu erfüllen. Er hat mit andern an der Spitze für den sozialen Fortschritt im allgemeinen gekämpft, und er hat das möglichste getan, um die Interessen seiner Mitglieder zu wahren. Wir sind vorwärts gekommen, ohne dass das Ziel ganz erreicht wäre. Die Arbeit geht weiter. Die grosse Mehrheit der Mitgliedschaft anerkennt das aufrichtige Streben der Leitung des Verbandes. Die schweizerischen Eisenbahner haben dem SEV als ihrer Gewerkschaft das Vertrauen auch im Berichtsjahre bewahrt. Die Zahl der Mitglieder ist auf einem bisher nie erreichten Höchststand angekommen. Die jungen Eisenbahner strömen zu Tausenden dem SEV zu. Der Verband wird dafür sorgen, dass die Hoffnungen und Erwartungen der jungen Generation nicht enttäuscht werden.

Im Jahre 1947 haben die schweizerischen Eisenbahnen ihr Jubiläum des hundertjährigen Bestandes gefeiert. Im Jahre 1948 wird der schweizerische Bundesstaat seine Zentenarfeier begehen können. Die Gewerkschaften werden diese Feier im Bewusstsein ihrer Pflichten dem Volksganzen und dem demokratischen Staat gegenüber, aber auch im Bewusstsein ihrer Leistungen und ihres Anteils am Aufstieg unseres Staatswesens zu seiner international angesehenen Stellung begehen.

Der *Mitgliederbestand* verzeichnet einen bisher nicht erreichten Höchststand. Insgesamt gehörten dem Verband am Jahresende 1947 53 597 Mitglieder an. Von diesen waren 40 938 Aktive und 12 659 Pensionierte. Die Zunahme im vergangenen Jahr bezifferte sich auf 2414 Einheiten.

Der *Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste* (VPOD) für das vergangene Jahr umfasst rund 100 Seiten. Ihm gehen folgende einleitenden Worte des Verbandspräsidenten, Ferd. Böhny, voraus:

Das Jahr 1947 war für den VPOD ein Jahr eifriger gewerkschaftlicher Tätigkeit. Ohne Uebertreibung darf gesagt werden, dass eine Bewegung die andere ablöste, ja dass sogar oft mehrere Bewegungen zugleich im Gang waren. Bezeichnend für die politische Situation der Schweiz war dabei, dass in einzelnen mittelgrossen und kleineren Gemeinden gewerkschaftliche Erfolge relativ leichter errungen werden konnten, als zum Teil in bedeutenden Städten, in denen gewerkschaftliche und politische Kämpfe in der Regel von grundsätzlicher Bedeutung für die ganze Schweiz sind und darum seit jeher in scharfer Form ausgefochten werden.

Der Erfolg, den die Abstimmung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung brachte, kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass sich

die Reaktion gebärdet, als ob sie sehr stark wäre. In Wirklichkeit fühlt sie sich gar nicht so sicher. Noch in jeder Zeit, in der vieles des Hergebrachten überlebt war und das Suchen und Finden neuer wirtschaftlicher und politischer Formen eine dringende Notwendigkeit war, haben sich die Nutzniesser veralteter Systeme und Auffassungen mit brutaler Macht um ihre Vorrechte gewehrt.

Die öffentliche Verwaltung und die öffentlichen Betriebe und mit ihnen ihr Personal bekommen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sehr stark zu spüren. Drosselung der öffentlichen Betriebe, Abbau der Verwaltung, das sind Losungsworte der Reaktion. Dass Kriegs- und Nachkriegszeiten dem Bund, den Kantonen und Gemeinden Aufgaben bringen mussten, die Geld und nochmals Geld kosten, weiss jeder sachlich überlegende Bürger. Trotzdem ruft man nach Sparmassnahmen. Im Grunde genommen meint man damit den Abbau der Gemeinwirtschaft zugunsten eines uneingeschränkten pravitkapitalistischen Strebens.

Dass manches in der Verwaltung und in den Betrieben vernünftiger, lebensnaher und einfacher gestaltet werden könnte, weiss auch das Personal der öffentlichen Verwaltung und Betriebe nur zu gut. Der VPOD hat denn auch durch sein Arbeitsprogramm und seine Vorschläge zur Verwaltungsreform schon seit langem den Beweis dafür erbracht, dass er ernsthaft mithelfen will, die Verwaltung und die öffentlichen Betriebe zum besseren Dienst an der Öffentlichkeit auszugestalten. Die zuständigen Behörden sind im Besitze unserer Vorschläge. Praktisch geschieht aber wenig. Die Scheu gewisser Behörden, an die Lösung der Probleme heranzutreten, ist so ausgesprochen stark, dass man versucht ist zu glauben, die Gegner der öffentlichen Verwaltung sässen auch in ihrer eigenen Reihe.

Der VPOD wird darum auch weiterhin mit aller Kraft für eine gute Verwaltung und für geordnete öffentliche Betriebe eintreten. Das gehört ebenso sehr zu seinen Aufgaben wie die Sorge um die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Besserstellung seiner Mitglieder.

Ueber die *Mitgliederbewegung* heisst es in dem Bericht:

Die Mitgliederbewegung zeigt im Jahre 1947 folgendes Bild:

Neueintritte sind 4460 zu verzeichnen, denen 2343 Austritte gegenüberstehen.

Die relativ hohe Zahl von Austritten hat verschiedene Ursachen. Erfahrungsgemäss verlassen sehr viele Mitglieder, namentlich der Anstaltsbetriebe, den öffentlichen Dienst, um eine anderweitige Tätigkeit aufzunehmen. Weitgehend ist jedoch der Personalabbau in den Militärbetrieben an der Fluktuation schuld.

Am 1. Januar 1947 zählten wir insgesamt 27 498, am 31. Dezember 1947 29 615 *Mitglieder*, so dass wir einen Zuwachs von 2117 *Mitgliedern* verzeichnen können.

Die Mitgliedervermehrung ist ein erfreuliches Resultat unserer aufklärenden Werbearbeit. Die Statistik zeigt, dass es fast allen Sektionen gelungen ist, die Mitgliederzahlen zu steigern.

Erfreulicherweise verzeichnen auch unsere welschen Sektionen einen Mitgliederzuwachs. Es ist anzunehmen, dass die Stagnation unseres Verbandes in der französischen Schweiz überwunden ist.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich ebenfalls leicht erhöht. Ende 1946 waren 2007 Frauen in unserem Verbandsorganisiert. Am 31. Dezember 1947 zählten wir deren 2099.

Wenn auch unser gestecktes Ziel, auf Jahresende 1947 30 000 Mitglieder zu

registrieren, nicht erreicht wurde, dürfen wir doch über den Erfolg der Werbearbeit zufrieden sein.

Unsere Aufmerksamkeit müssen wir dem unorganisierten Gemeinde- und kantonalen Personal schenken, damit wir auch in diese Kategorie erfolgreich eindringen können.

Der Jahresbericht des *Schweizerischen Typographenbundes* (STB) beschlägt nahezu 300 Seiten und beginnt wie derjenige des Schweizerischen Eisenbahner-Verbandes mit einem allgemeinen Rundblick, der in folgende Betrachtungen ausmündet:

In allen Ländern ist man bestrebt, das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen. Auch die Schweiz muss dafür Sorge tragen, dass der Staatshaushalt im Gleichgewicht bleibt. Man kann dem Bund nicht immer neue Ausgaben überbinden, ohne ihm gleichzeitig auch die notwendigen Steuerquellen zu erschliessen. Eine Reform der Bundesfinanzen drängte sich gebieterisch auf und wurde letztes Jahr auch in Angriff genommen. Noch im Jahre 1913 verfügte die Eidgenossenschaft über ein Aktivvermögen von 100 Millionen Franken, während Ende 1946 die Bundesschuld bereits auf 9 Milliarden Franken angewachsen ist, und zwar hauptsächlich bedingt durch die ausserordentlichen Ausgaben für die Landesverteidigung. Zur Verzinsung dieser Schuld muss der Bund heute 313 Millionen Fr. im Jahr aufwenden, oder 214 Millionen mehr als im Jahre 1938. Gewisse Kreise wollen von einer direkten Bundessteuer nichts wissen. Die Arbeiterschaft kann indessen keinem Programm zustimmen, das eine Sanierung der Bundesfinanzen auf ihrem Rücken bezweckt und den Besitz schonen würde. Wir wollen keinen Abbau der Sozialleistungen des Staates, sondern einen weiteren Ausbau.

Begreiflicherweise stand das *Lohn- und Preisproblem* wiederum im Vordergrund des wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Geschehens. Man ist sich in allen einsichtigen Kreisen bewusst, welche inflatorischen Auswirkungen ein weiteres Hinaufklettern der Preise für unser Land haben wird. Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich die grossen Wirtschaftsverbände, zu denen auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund gehört, auf ein freiwilliges und befristetes Stabilisierungsabkommen geeinigt. Obwohl die meisten Gewerkschaften ohne grosse Begeisterung zustimmten, verspricht man sich von dem Wirken des eingesetzten Ausschusses, der mit der Preiskontrolle eng zusammenarbeitet, wenigstens eine Verlangsamung des Preisanstieges und eine Verminderung der Inflationsgefahr.

Im grossen und ganzen darf auch der STB mit dem abgelaufenen Jahre zufrieden sein. Brachte es ihm doch nicht nur eine erfreuliche innere Stärkung, sondern ebenfalls eine Verbesserung der gesamtarbeitsvertraglichen Positionen sowohl für das Berufs- als auch für das Hilfspersonal. Verbandspolitisch war die Generalrevision der beiden Kollektivverträge das Hauptereignis. Die Verhandlungen mit den Prinzipien waren nicht leicht, und wenn es auch nicht gelang, alle gestellten Forderungen zu verwirklichen, so darf das Erreichte doch mit gutem Gewissen als ein annehmbarer Erfolg bezeichnet werden. Es wäre allerdings übertrieben, behaupten zu wollen, dass alle Mitglieder von dem neuen GAV befriedigt seien. Dafür ist in der Urabstimmung die annehmende Mehrheit mit 270 Stimmen wohl zu knapp ausgefallen. Nach wie vor sind wir aber der Ueberzeugung, dass das neue Vertragswerk viel besser ist, als seine Gegner wahrhaben möchten. Vergessen wir nicht, dass es bis heute keine vollkommenen

Gesamtarbeitsverträge gibt und auch in Zukunft nicht geben wird; jeder Vertrag stellt einen Kompromiss dar, der verbesserungsfähig ist. Wir haben nun während der Vertragsdauer Zeit, wünschenswerte Verbesserungen mit aller Gründlichkeit vorzubereiten. Gerade das wirtschaftsdemokratische Postulat des Mitspracherechtes der Gehilfen in den Betrieben werden wir erneut auf unsere Forderungsliste setzen, trotzdem wir damit dieses Mal nicht durchzudringen vermochten.

Zu einer gesunden Kritik gehört indessen auch der feste Wille, für das gemeinsame Ziel und Wohl des Verbandes tatkräftig mitzuarbeiten und die Gleichgültigen wachzurütteln.

Obwohl klein an der Zahl, aber gross in der Erfüllung übernommener Verpflichtungen und Aufgaben, wird der STB auch in Zukunft die Interessen aller Mitglieder zu verteidigen imstande sein. Geschlossenheit, Verantwortungsgefühl und gewerkschaftliche Disziplin sind allerdings Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verbandspolitik.

Ueber die *Mitgliederbewegung* macht der Bericht folgende Feststellungen:

Wiederum ist ein Zuwachs von 374 Mitgliedern zu verzeichnen, so dass der Totalbestand auf Jahresende 8879 betrug. In dieser Zahl sind die der Krankenkasse angehörenden 838 Lehrlinge nicht inbegriffen. Im Vergleich zum Vorjahr macht der Mitgliederzuwachs 4,4 Prozent aus. Die Gehilfen allein haben um 345 (= 4,6 Prozent) zugenommen, während beim Hilfspersonal der Zuwachs mit 29 (= 2,86 Prozent) bedeutend bescheidener ausgefallen ist. Wohl zählt der Verband 49 Hilfsarbeiter mehr als letztes Jahr, dagegen ist bei den weiblichen Mitgliedern ein Verlust von 20 zu verzeichnen.

Wegen Abgangs vom Beruf und Uebertritts in den Prinzipalstand oder zu den Faktoren sind 231 Kollegen (25 mehr als 1946) ordnungsgemäss ausgetreten.

Leider mussten wieder 25 Mitglieder (Vorjahr 19) wegen Nichterfüllung ihrer statutarischen Verpflichtungen entweder ausgeschlossen oder gestrichen werden.

Der Tätigkeit des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* wird u. a. mit folgenden anerkennenden Worten gedacht:

Die Tätigkeit der Dachorganisation der freien Gewerkschaften war auch im Berichtsjahre wiederum äusserst intensiv und vielgestaltig. Sie erstreckte sich auf verschiedene Sektoren der schweizerischen Volkswirtschaft. Ohne Zweifel ist es dem SGB in den letzten Jahren gelungen, durch seine kluge und abgewogene Politik einen Prestigegewinn zu erzielen. In Verfolgung seines Zieles hat er sich besonders für die Erhaltung der demokratischen Rechte sowie für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes eingesetzt. Der SGB erblickte seine Hauptaufgabe im Berichtsjahre darin, das Gesetz über die Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung in der Volksabstimmung durchzubringen. Daneben hatte er zu verschiedenen Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen. Durch die « Gewerkschaftliche Rundschau », die « Stimme der Arbeit », den Pressedienst und weitere Publikationen hält der SGB die angeschlossenen Verbände und die ganze Bevölkerung über die grossen aktuellen Probleme stets auf dem laufenden und verteidigt resolut die Sache der Arbeiterschaft.

Ein besonderer Abschnitt ist, wie übrigens auch in den Berichten fast aller Verbände, dem grossen Anteil gewidmet, den der Gewerkschaftsbund am Kampf um die *Alters- und Hinterlassenenversicherung* genommen hat. Hierzu äussert sich der Bericht u. a. wie folgt:

Der SGB und vor allem sein tüchtiger Präsident, Nationalrat Robert Bratschi, haben am Zustandekommen der AHV ein grosses Verdienst. Nachdem das Referendum der reaktionären Kreise zustande kam, wurde am 13. Februar ein gewerkschaftliches Aktionskomitee gebildet, dem die Abstimmungspropaganda oblag. Die bedeutenden finanziellen Mittel mussten von den angeschlossenen Verbänden aufgebracht werden. Der STB leistete einen Beitrag von Fr. 10 000.—.

Durch die Presse, künstlerische Plakate, Broschüren, Radio, Film und unzählige Vorträge wurde das Volk objektiv aufgeklärt, und das erfreuliche Abstimmungsergebnis ist sicher nicht zuletzt auf die intensive Tätigkeit des SGB zurückzuführen. Mit der Annahme der AHV hat die grosse Mehrheit des Schweizervolkes gleichzeitig auch den Willen dokumentiert, dass der Staat auf dem Wege des sozialen Fortschrittes weiterschreiten soll.

Erfreulich ist die Tatsache, dass sich alle grossen Wirtschaftsverbände, politischen Parteien und religiösen Vereinigungen geschlossen hinter die Vorlage stellten. Bei einer loyalen Zusammenarbeit und besserer Verständigungsbereitschaft zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen könnte in unserem Lande noch manches grosse Sozialwerk verwirklicht werden.

In diesem Zusammenhang macht der Bericht folgende Mitteilungen über die für die Durchführung der AHV im graphischen Gewerbe getroffene Lösung:

Mit der Durchführung der AHV im graphischen Gewerbe wurde die Ausgleichskasse Agrapi betraut. Sie ist demnach befugt, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge einzuziehen und die Renten auszubezahlen. Nach dem Gesetz wäre eine paritätische Verwaltung der Ausgleichskassen möglich. Es wird aber bestimmt, dass die Verwaltungskosten dann von den interessierten Verbänden gemeinsam getragen werden müssen und eine Abwälzung auf den Versicherten ausdrücklich verboten ist. Wenn der STB die Parität in der Agrapi beanspruchen wollte, so müsste er einen jährlichen Verwaltungskostenbeitrag von mindestens Fr. 75 000.— übernehmen. Dieser Umstand hat es der Verbandsleitung erleichtert, auf die Parität zu verzichten und sich mit einer Vertretung im Kassenvorstand zu begnügen, wie sie im Gesetz ebenfalls garantiert wird. Im Vorstand der Agrapi wurden den Arbeitern sechs Sitze eingeräumt. Die Verbände einigten sich auf folgende Verteilung: STB und Lithographenbund je zwei; Buchbinderverband und Kaufmännischer Verein je einen Sitz. Als Vertreter des STB wurden vom Zentralkomitee die Kollegen Weber und Leuenberger bezeichnet.

Recht enttäuscht äussert sich der Bericht über die Entwicklung im *Weltgewerkschaftsbund*:

Diese Institution ist, offen gestanden, für weite Kreise der freien Gewerkschaftsbewegung eine arge Enttäuschung. Man hat die Gründung des WGB vor zwei Jahren allgemein begrüsst und ihm sehr viel Kredit und Vertrauen ent-

gegengebracht. Dieser Kredit ist durch eine einseitige Tätigkeit der führenden Funktionäre des WGB, die auf die Aussenpolitik der UdSSR ausgerichtet war, rasch aufgebraucht worden. Die Spannungen zwischen Ost und West kamen auch im WGB zur Auswirkung. Im letzten Jahr war es hauptsächlich der Marshall-Plan, der die Einigkeit gefährdete. Die kommunistischen Vertreter widersetzten sich einer Diskussion über diesen Plan im Schosse des WGB, wodurch natürlich die an einer wirtschaftlichen Hilfe Amerikas interessierten europäischen Länder vor den Kopf gestossen wurden. Nachträglich haben nun die russischen Gewerkschaften ihre Zustimmung zur Behandlung des Marshall-Planes durch die Organe des WGB gegeben. Ob dadurch der vorhandene Riss überkleistert werden kann, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich kommt diese Geste zu spät, denn inzwischen dürfte der Marshall-Plan in Kraft treten, und zwar ohne Sanktion durch die Volksdemokratien, die sich von der amerikanischen Hilfe selbst ausschliessen. Wir glauben nicht, dass der Marshall-Plan, der die Zustimmung der Landeszentralen der freien Gewerkschaften in Europa und Amerika gefunden hat, zu machtpolitischen Zwecken missbraucht wird. Den empfangenden Ländern steht es nach wie vor frei, ihre Wirtschaft so zu ordnen, wie es ihren Völkern beliebt. Der Marshall-Plan wird daher planwirtschaftlichen Regelungen oder Verstaatlichungen nicht im Wege stehen, sonst hätte die Labour-Regierung in England ihre Zustimmung sicher nicht gegeben.

Der Generalrat des WGB tagte vom 9. bis 14. Juni in Prag und nahm dort verschiedene Berichte entgegen, erstens über seine allgemeine Tätigkeit seit dem Pariser Kongress und zweitens über die Untersuchungen in Deutschland und Japan. Ferner bereinigte er das Reglement über die Berufsdepartemente, das aber trotzdem nicht die Zustimmung der internationalen Berufssekretariate fand, und fasste nicht weniger als sieben Resolutionen über die Lage der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern.

Es ist höchst bedauerlich, dass sich die Arbeiterschaft international nicht verständigen kann und immer wieder zur Freude der Reaktion gespalten wird. Der WGB wird nur dann weiter bestehen können, wenn er die demokratischen Prinzipien und Spielregeln respektiert und seine Tätigkeit auf die gewerkschaftlichen Ziele beschränkt. Wenn die massgebenden Personen in Paris dazu nicht bereit sind, dann bleibt den wirklich freien Gewerkschaften nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen.

Der Jahresbericht des *Schweizerischen Lithographenbundes (SLB)*, der sich wie immer in einem hübschen, von tüchtigem Berufskönnen zeugenden Umschlag präsentiert, beginnt mit folgenden allgemeinen Betrachtungen:

Wiederum ist ein Jahr verstrichen, und wir haben die Aufgabe zu erfüllen, der Mitgliedschaft über die Tätigkeit und den Stand des Verbandes und dessen Institutionen einen Bericht abzulegen.

Auch heute noch bildet die Schweiz eine wirtschaftspolitische Insel inmitten des europäischen Kontinents. Die Wirtschaft in unserem Lande lief im vergangenen Jahre auf vollen Touren. Die übrigen Länder Europas, mit Ausnahme von Belgien und Schweden, sind weitgehend verarmt. Unerbittlich müssen sie sich auf einen niedrigeren Lebensstandard einrichten. Seit mehr als zwei Jahren ist der Krieg beendet, aber noch heute haben wir keine geordneten Zustände in Europa, es war nicht einmal möglich, dafür zu sorgen, dass alle Menschen genügend zu essen haben. Ohnmächtig stehen wir der Tatsache gegenüber, dass

die Sieger über nationalsozialistische und faschistische Tyrannei in zwei Blöcken scharf getrennt einander gegenüberstehen. Die gegensätzlichen Anschauungen über den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau vermischen sich mit machtpolitischen Aspirationen, und weil man auf keiner Seite glaubt, auch nur einen kleinen Schritt nachgeben zu dürfen, rasseln auch die Aussenministerkonferenzen der vier Grossmächte immer wieder auseinander, und die Friedenssehnsucht der Völker kommt noch immer nicht zur Geltung. Von der Verwirklichung der grossen Hoffnungen der Menschheit, die noch während des Krieges der verstorbene Präsident Roosevelt in so glänzender Weise formulierte, «Befreiung der Menschen von Furcht und Not», sind wir, so scheint es uns, weiter als je entfernt.

Die Auseinandersetzungen werden weitergehen, es liegt nicht in unserer Macht, hier mitzuentcheiden. Wir werden deshalb gut tun, dahin zu trachten, dass wir mit den eigenen Schwierigkeiten in unserem Lande fertig werden. Insbesondere gilt es, im engen Schulterschluss mit den übrigen Gewerkschaften den Kampf um den sozialen Fortschritt entschlossen weiterzuführen und auch Angriffe auf unsere Positionen mit aller Entschiedenheit abzuwehren. Die Schweiz steht, obwohl sie vom Kriegsgeschehen verschont geblieben ist, auf sozialem Gebiet nicht mehr an der Spitze der europäischen Länder, und diese Tatsache verpflichtet uns, ununterbrochen den Kampf für einen gerechten Anteil der Arbeiterschaft am relativen Wohlstand des Landes weiterzuführen.

Die vom Schweizervolk am 6. Juli 1947 mit überwältigendem Mehr angenommene Alters- und Hinterlassenenversicherung, die nun mit 1. Januar 1948 in Kraft getreten ist, wird wohl als das bedeutendste Ereignis im Berichtsjahre festgehalten werden können. Damit wurde endlich eine Idee verwirklicht, die als Sehnsucht viele Jahre in den Herzen unzähliger Schweizerinnen und Schweizer eine Heimstatt hatte und um die mit dem Einsatz der besten Kräfte unseres Landes gestritten wurde. In diesem denkwürdigen Abstimmungskampf war es möglich, alle fortschrittlichen Schichten des Schweizervolkes auf eine gemeinsame Grundlage zu bringen. Vereinte Kraft hat hier Grosses geschaffen. Aber wir haben hier auch wieder einen Beweis dafür, dass die beharrliche Vertretung einer gerechten Sache früher oder später immer zum Ziele führen muss. Das wird auch das Schicksal weiterer Postulate der Arbeiterbewegung sein, Postulate, die heute noch bekämpft und nicht verstanden werden. Der SLB wird auch bei diesen Kämpfen in der Zukunft in engster Fühlungnahme mit den übrigen Gewerkschaftsorganisationen zu finden sein.

Wie lange die besondere Konjunkturlage der Schweiz noch anhalten wird, können wir nicht beurteilen. Das vergangene Jahr hat dem lithographischen Gewerbe und dessen verwandten Berufen einen Beschäftigungsgrad eingebracht, der vorher wohl kaum jemals überboten worden ist. Darüber werden sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer freuen. Aber es ist möglich, dass es auch wieder anders werden kann, und daher war es unser stetes Bestreben, vorausschauend mit unserem Vertragspartner in einer konstruktiven Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten Mittel und Wege zu suchen, die einer positiven Krisenbekämpfung und gegebenenfalls einer Milderung der Krise selbst dienen können. So ist im Berichtsjahre auch das Familienfürsorge-Abkommen bei Arbeitslosigkeit zustande gekommen. Es ist unseres Erachtens ein Anfang, ein Anfang in der Errichtung und Förderung sozialer Institutionen, und wir sehen die Möglichkeit durchaus gegeben, dass ein weiterer Ausbau oder die Schaffung anderer Sozialfonds zugunsten der Gehilfenschaft bei einer aufbauenden und

loyalen Zusammenarbeit zwischen dem VSLB und dem SLB erreichbar ist. Deshalb werten wir auch unseren Vertragspartner für die Ueberwindung von Schwierigkeiten in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung im engeren Rahmen des Lithographiegewerbes und dessen verwandten Berufen nicht als Gegner, sondern als Helfer.

Und so hoffen wir zuversichtlich, mit allen gutgewillten und aufbauwilligen Kräften, unbesehen ihres Standortes, im Bewusstsein der guten Sache, die wir zu vertreten haben, und im gegenseitigen Vertrauen der Kollegenschaft zu der Verbandsleitung und umgekehrt, die vorgezeichnete Linie und Zielsetzung weiter beharrlich verfolgen und auch die neuen Aufgaben, die uns das Jahr 1948 bringt, glücklich meistern zu können.

Alsdann folgt eine eingehende Darstellung der verschiedenen Aktionen des Verbandes. Auch der Schweizerische Lithographenbund konnte seinen *Mitgliederbestand* im vergangenen Jahr leicht erhöhen. Insgesamt zählte der Verband am Ende des Berichtsjahres 2379 gegen 2212 Mitglieder im Vorjahr. Ausserdem gehörten ihm als Mitglieder der Krankenkasse 189 Lehrlinge an gegen 166 Ende 1946.

Eine Mission des Internationalen Arbeitsamtes in Griechenland

Ueber Griechenland wird gegenwärtig auch in der Arbeiterschaft viel und leidenschaftlich diskutiert. Der nachfolgende Bericht über eine Mission des Internationalen Arbeitsamtes in Griechenland, den wir dem Informationsdienst des Internationalen Arbeitsamtes entnehmen und der sich vor allem auch mit der gegenwärtigen Lage der griechischen Gewerkschaftsbewegung befasst, wird deshalb sicher das Interesse unserer Funktionäre und Vertrauensleute finden.

G. Bernasconi.

Es ist bekannt, dass der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes im Juli 1947 eine Einladung der griechischen Regierung angenommen hat, durch die das Internationale Arbeitsamt gebeten wurde, eine umfassende Prüfung der griechischen Arbeitsgesetzgebung einschliesslich derjenigen über die Arbeitergewerkschaften durchzuführen, und zwar im Hinblick auf die Revision dieser Gesetzgebung.

Auf Grund dieses Beschlusses hat sich im Oktober 1947 eine Mission des Internationalen Arbeitsamtes nach Griechenland begeben, die aus mit den Problemen des Arbeiterschutzes besonders vertrauten Experten zusammengesetzt war. Die Mission hat sich mehr als einen Monat in Griechenland aufgehalten. Bei ihrer Rückkehr nach Genf hat sie dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes einen Gesamtbericht erstattet, der kürzlich der griechischen Regierung unterbreitet und dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zur Kenntnissnahme vorgelegt worden ist. Er soll demnächst veröffentlicht werden.